



Pressemitteilung Nr. 09/159
ZUR SOFORTIGEN VERÖFFENTLICHUNG
12. Mai 2009

Internationaler Währungsfonds
Washington, D.C. 20431 USA

IWF sieht Erholung Europas 2010 in Abhängigkeit von weiteren Politikmaßnahmen und fordert verstärkte Koordinierung der europäischen Politik

Der Internationale Währungsfonds (IWF) sagte heute, dass die massive Wirtschaftskrise in Europa in der zweiten Jahreshälfte 2010 überwunden werden könne und dass darauf eine schrittweise Erholung folgen könne. Zur Einleitung dieser Erholung seien jedoch weitere Politikmaßnahmen, vor allem auf dem Finanzsektor, unabdingbar. In seinem Regionalen Wirtschaftsausblick (Regional Economic Outlook, REO) für Europa im Frühjahr 2009 stellt der IWF fest, dass dieses Jahr die Wirtschaftstätigkeit in den meisten aufstrebenden Volkswirtschaften der Region sich wahrscheinlich rückläufig entwickeln wird, die Erholung 2010 vermutlich jedoch etwas schneller als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Europas vonstatten gehen wird.

Für die Industrienationen Europas prognostiziert der IWF eine rückläufige Entwicklung von 4 Prozent im Jahr 2009. Auch für 2010 werden die reifen Volkswirtschaften voraussichtlich ein negatives Wachstum von etwas moderateren 0,4 Prozent verzeichnen. Für die Schwellenländer Europas schätzt der IWF 2009 einen Rückgang von 4,9 Prozent, wobei 2010 eine Rückkehr zu positivem Wachstum in Höhe von 0,7 Prozent erwartet werden darf. Die Inflation wird in vielen Ländern auf ein sehr niedriges Niveau sinken, eine wahrhaftige Deflation kann nach Worten des IWF jedoch vermutlich vermieden werden. Der IWF warnte jedoch, dass die Risiken, die mit dieser allgemeinen Konjunkturlage einhergehen, nach wie vor abwärts gerichtet sind. Angesichts der niedrigen Inflation könnten die Verbraucher ihr Vertrauen schon früher wieder zurückgewinnen, aber eine fortgesetzt schwache Nachfrage weltweit könnte zu einer Verlängerung und Vertiefung der Rezession führen.

„Die Maßnahmen, die in Europa zur Bekämpfung der tiefen Rezession ergriffen wurden, haben ein gutes Fundament für eine schrittweise Erholung geschaffen. Es sind jedoch weitere Maßnahmen der Politik, vor allem auf dem Finanzsektor, notwendig, um Vertrauen und Zuversicht der Märkte wieder herzustellen und die Erholung zu beschleunigen“, sagte Marek Belka, Direktor der Abteilung Europa im IWF. Diese Maßnahmen umfassen die fortgesetzte Bereitstellung von Liquidität und Bemühungen um Krediterleichterungen, wo diese notwendig sind. Die glaubwürdige Verbuchung der Verluste im Finanzsystem, die

Rekapitalisierung tragfähiger Institutionen durch den Privatsektor und bei Bedarf mit öffentlicher Unterstützung sind ebenfalls vonnöten. Des Weiteren ist die Eingrenzung zweifelhafter Aktiva gefordert, wo diese einen wesentlichen Teil der Bilanz ausmachen, und zwar vorzugsweise durch einen vom Privatsektor gesteuerten Aufbau von Abwicklungsbanken, für den die öffentliche Hand Unterstützung und Mittel bereitstellt.

Makroökonomische Politikmaßnahmen sind zur Abfederung der Konjunkturkrise ebenfalls erforderlich. Die Fiskalpolitik muss weiterhin die Nachfrage stützen und dafür sorgen, dass die zügige und umfassende Implementierung der Konjunkturpakete mit dem Versprechen einhergeht, die Haushalte künftig zu konsolidieren. Die Geldpolitik sollte dazu eingesetzt werden, die Inflationserwartungen solide auf positivem Terrain zu verankern und Deflationsrisiken damit von vornherein abzuwehren.

„Wir brauchen in erster Linie einen robusten Koordinationsansatz, vor allem im Hinblick auf finanzielle und regionale makroökonomische Stabilität“, sagte Belka. „Europa ist die wirtschaftlich am stärksten integrierte Marktwirtschaft der Welt, und dennoch wurden die Politikmaßnahmen zur Behandlung der Krise auf nationaler Ebene ergriffen. Ohne gut koordinierte Bemühungen in diesen Bereichen werden weder fiskal- noch geldpolitische Maßnahmen die notwendige Wirkung zeigen, damit Europa nach der Krise noch genauso gut dasteht wie zuvor. Europa sieht sich einem ungewöhnlich starken Wirtschafts-Unwetter ausgesetzt und muss seine Institutionen dringend wetterfest machen“, fügte Belka hinzu. Er forderte denn auch eine Verbesserung des Regelwerks zur Finanzstabilität in der EU und ging dabei noch über die Empfehlungen hinaus, die von der hochkarätigen Finanzaufsichtsgruppe unter dem Vorsitz von Jacques de Larosiére in ihrem Bericht Anfang 2009 formuliert worden waren.

Kurze Zusammenfassung der analytischen Kapitel im REO Frühjahr 2009

Kapitel 2 des REO Frühjahr 2009 mit dem Titel „*Fiscal Policy in Advanced Economies: Effectiveness, Coordination, and Solvency Issues (Fiskalpolitik in fortgeschrittenen Volkswirtschaften: Fragen der Wirksamkeit, Koordination und Solvenz)*“ kommt zu dem Schluss, dass es zwar für die Länder wichtig ist, ihre Volkswirtschaften angesichts eines bisher einmaligen Abschwungs zu stützen, dass aber eine klare und glaubwürdige Hinwendung zu langfristiger fiskalischer Disziplin jetzt notwendiger ist denn je: Ein Verlust der Zuversicht auf den Märkten kann zu Steigerungen bei den langfristigen Realzinsen und Kosten im Schuldendienst führen und dadurch teilweise die belebende Wirkung der Konjunkturmaßnahmen aufheben und den Finanzdruck weiter erhöhen. Jede kurzfristige finanzpolitische Maßnahme muss in ein glaubwürdiges, mittelfristiges fiskalisches Regelwerk eingebettet sein und eine Korrektur der Staatsfinanzen bei Abschwächen der Krise mit einbeziehen.

Kapitel 3 mit dem Titel „*European Emerging Market in Crisis: Impact and Recovery (Der Schwellenmarkt Europas in der Krise: Auswirkung und Erholung)*“ untersucht die

Auswirkung der globalen Finanzkrise auf die Schwellenländer Europas und stellt fest, dass in den aufstrebenden Marktwirtschaften, die der EU beigetreten sind, die Beachtung der Regeln und Institutionen der EU die Auswirkungen der Krise gelindert hat, aber keinen vollständigen Schutz bieten konnte. Der sogenannte EU-Halo-Effekt – oder das Phänomen niedriger Anleihespreads für neue Mitgliedsstaaten trotz steigender Anfälligkeiten in einigen Ländern – ist verschwunden, während die länderübergreifenden Differenzen zugenommen haben. Das Kapitel kommt zu dem Schluss, dass das äußere Umfeld und Bemühungen um Strukturreformen zwar wichtig sind, der Schlüssel zum Tempo der Erholung von der Krise aber beim Bankensektor liegt, der eine zentrale Rolle im Vorfeld der Krise gespielt hat. Kurzfristig scheinen Rekapitalisierungen der Banken unvermeidlich, wenn eine Ausdehnung der Rezession vermieden werden soll. Mittelfristig müssen die Bemühungen zur Wiederbelebung der Konjunktur von einer Stärkung der Vereinbarungen zur Finanzstabilität gestützt werden, wozu auch grenzüberschreitende Maßnahmen und die Einführung einer stärker zukunftsorientierten Rückstellungspolitik gehören.

Tabelle 1. Europäische Länder: Reales BIP-Wachstum und VPI-Inflation, 2006-10
(Prozent)

	Reales BIP-Wachstum					VPI-Inflation				
	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010
Europa 1/ 2/	4,1	3,9	1,8	-4,2	-0,1	3,6	3,6	5,7	2,9	2,5
Reife Volkswirtschaften	3,1	2,9	0,9	-4,0	-0,4	2,2	2,1	3,4	0,5	0,7
Europas 1/ Aufstrebende Volks- wirtschaften Europas 1/ 2/	7,2	6,8	4,3	-4,9	0,7	7,8	7,8	12,0	9,2	7,1
Europäische Union 1/	3,4	3,1	1,1	-4,0	-0,3	2,3	2,4	3,7	0,8	0,8
Euroraum	2,9	2,7	0,9	-4,2	-0,4	2,2	2,1	3,3	0,4	0,6
Belgien	3,0	2,6	1,1	-3,8	0,3	2,3	1,8	4,5	0,5	1,0
Deutschland	3,0	2,5	1,3	-5,6	-1,0	1,8	2,3	2,8	0,1	-0,4
Finnland	4,9	4,2	0,9	-5,2	-1,2	1,3	1,6	3,9	1,0	1,1
Frankreich	2,4	2,1	0,7	-3,0	0,4	1,9	1,6	3,2	0,5	1,0
Griechenland	4,5	4,0	2,9	-0,2	-0,6	3,3	3,0	4,2	1,6	2,1
Irland	5,7	6,0	-2,3	-8,0	-3,0	2,7	2,9	3,1	-0,6	1,0
Italien	2,0	1,6	-1,0	-4,4	-0,4	2,2	2,0	3,5	0,7	0,6
Luxemburg	6,4	5,2	0,7	-4,8	-0,2	2,7	2,3	3,4	0,2	1,8
Malta	3,2	3,6	1,6	-1,5	1,1	2,6	0,7	4,7	1,8	1,7
Niederlande	3,4	3,5	2,0	-4,8	-0,7	1,7	1,6	2,2	0,3	1,1
Österreich	3,4	3,1	1,8	-3,0	0,2	1,7	2,2	3,2	0,5	1,3
Portugal	1,4	1,9	0,0	-4,1	-0,5	3,0	2,4	2,6	0,3	1,0
Slowakische Republik	8,5	10,4	6,4	-2,1	1,9	4,3	1,9	3,9	1,7	2,3
Slowenien	5,9	6,8	3,5	-2,7	1,4	2,5	3,6	5,7	0,5	1,5
Spanien	3,9	3,7	1,2	-3,0	-0,7	3,6	2,8	4,1	0,0	0,9
Zypern	4,1	4,4	3,7	0,3	2,1	2,2	2,2	4,4	0,9	2,4
Sonstige fortgeschrittene Volkswirtschaften der EU										
Dänemark	3,3	1,6	-1,1	-4,0	0,4	1,9	1,7	3,4	-0,3	0,0
Schweden	4,2	2,6	-0,2	-4,3	0,2	1,5	1,7	3,3	-0,2	0,0

Vereinigtes Königreich	2,8	3,0	0,7	-4,1	-0,4	2,3	2,3	3,6	1,5	0,8
Neue EU-Länder 1/	6,6	5,9	4,0	-2,9	0,2	3,2	4,3	6,5	3,0	2,3
Bulgarien	6,3	6,2	6,0	-2,0	-1,0	7,4	7,6	12,0	3,7	1,3
Polen	6,2	6,7	4,8	-0,7	1,3	1,0	2,5	4,2	2,1	2,6
Rumänien	7,9	6,2	7,1	-4,1	0,0	6,6	4,8	7,8	5,9	3,9
Tschechische Republik	6,8	6,0	3,2	-3,5	0,1	2,5	2,9	6,3	1,0	1,6
Ungarn	4,0	1,1	0,6	-3,3	-0,4	3,9	7,9	6,1	3,8	2,8
Estland	10,4	6,3	-3,6	-10,0	-1,0	4,4	6,6	10,4	0,8	-1,3
Lettland	12,2	10,0	-4,6	-12,0	-2,0	6,6	10,1	15,3	3,3	-3,5
Litauen	7,8	8,9	3,0	-10,0	-3,0	3,8	5,8	11,1	5,1	0,6
Fortgeschrittene Volkswirtschaften										
außerhalb der EU										
Island	4,5	5,5	0,3	-10,6	-0,2	6,8	5,0	12,4	10,6	2,4
Israel	5,2	5,4	3,9	-1,7	0,3	2,1	0,5	4,7	1,4	0,8
Norwegen	2,3	3,1	2,0	-1,7	0,3	2,3	0,7	3,8	1,5	1,9
Schweiz	3,4	3,3	1,6	-3,0	-0,3	1,0	0,7	2,4	-0,6	-0,3
Weitere Schwellenländer										
Albanien	5,5	6,3	6,8	0,4	2,0	2,4	2,9	3,4	1,5	2,2
Belarus	10,0	8,6	10,0	-4,3	1,6	7,0	8,4	14,8	12,6	6,0
Bosnien und Herzegowina	6,9	6,8	5,5	-3,0	0,5	6,1	1,5	7,4	2,1	2,3
Kroatien	4,7	5,5	2,4	-3,5	0,3	3,2	2,9	6,1	2,5	2,8
Mazedonien, Ehem. Jugoslaw. Republik	4,0	5,9	5,0	-2,0	1,0	3,2	2,3	8,3	1,0	3,0
Moldau	4,8	4,0	7,2	-3,4	0,0	12,7	12,4	12,7	2,6	4,7
Montenegro	8,6	10,7	7,5	-2,7	-2,0	2,1	3,5	9,0	1,7	-0,2
Russland	7,7	8,1	5,6	-6,0	0,5	9,7	9,0	14,1	12,9	9,9
Serbien	5,2	6,9	5,4	-2,0	0,0	12,7	6,5	11,7	10,0	8,2
Türkei	6,9	4,7	1,1	-5,1	1,5	9,6	8,8	10,4	6,9	6,8
Ukraine	7,3	7,9	2,1	-8,0	1,0	9,0	12,8	25,2	16,8	10,0

Quelle: IWF, *World Economic Outlook*
(*Weltwirtschaftsausblick*),

1/ Durchschnitt gewichtet durch
Kaufkraftparität BIP

2/ Montenegro ist in den Gesamtberechnungen nicht enthalten